

Königsweg duale Bildung absichern

Der neue «Mister Berufsschule» der Schweiz, der Direktor des BBZ Olten Georg Berger (Lostorf), sieht im Berufsbildungswesen etliche Herausforderungen, wie er im nachfolgenden Interview darlegt.

VON BEAT NÜTZI

Was hat Sie zur Übernahme des SDK-Präsidioms motiviert?

Georg Berger: Ich bin seit knapp 15 Jahren Mitglied der Schweizerischen Direktorinnen- und Direktorenkonferenz der Berufsfachschulen SDK, davon 7 Jahre als Vizepräsident im Vorstand. In dieser Zeit konnte ich wesentliche Geschäfte und Projekte der Organisation mitprägen, darunter etwa die Übernahme der Geschäftsführung der Interessengemeinschaft für Bekleidungsberufe oder die Validierung der allgemeinbildenden Schullehrpläne. Einerseits bin ich also bestens mit den Aufgaben und Tätigkeiten der Konferenz vertraut, andererseits möchte ich mich für die Weiterentwicklung der Berufsfachschulen in der Schweiz vor dem Hintergrund der Digitalisierung und Globalisierung engagieren. Es gibt zahlreiche Herausforderungen.

Was sind derzeit die grössten Herausforderungen für die Berufsfachschulen in Bezug auf die berufliche Grundbildung und die Berufsmaturität (Sekundarstufe II)?

Aus bildungspolitischer Sicht sind die Herausforderungen bezüglich der Entwicklung der Berufsbildung riesig. Der Bund bzw. das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation SBFi hat diesbezüglich das Projekt «Berufsbildungsstrategie 2030» lanciert. Die Forderung nach einer Modularisierung der Grundbildung ist derzeit in aller Munde. Hier werden die Schulen gefordert sein. Denn es geht darum, die Effektivität der dualen Bildung für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes auch in Zukunft sicherzustellen. Was die Berufsmaturität angeht, sind wir gefordert, die Attraktivität dieses Lehrganges angesichts einer tendenziell steigenden Quote der gymnasialen Maturität mit verschiedenen Massnahmen, zum Beispiel der Entlastung der BM während der Lehre in Schule und Lehrbetrieb, auszubauen. Es genügt ein Blick nach Basel-Stadt. Hier haben sich aktuell 45 Prozent aller Sekundarschüler für das Gymnasium qualifiziert.

Und bei der Höheren Berufsbildung (Tertiärstufe)?

Wer in der Schweiz von Tertiärstufe spricht, bezieht sich oft auf die Fachhochschulen und Universitäten. Dass aber neben jährlich 30 000 Bachelorabschlüssen in etwa gleich viel Abschlüsse in Lehrgängen der höheren Berufsbildung oder an Höheren Fachschulen erworben werden, geht dabei vergessen. Die Höhere Berufsbildung mit ihrem ausgeprägten Bezug zum Arbeitsmarkt ist für den Wohlstand und die Prosperität unseres Landes von unverzichtbarem Wert. Neben der Finanzierung müssen wir, ohne aber in die Akademisierungsfälle zu geraten, unbedingt die Berufsabschlüsse bzw. die Berufstitel international verständlicher machen. Diesbezüglich unterstütze ich die Forderung des Schweizerischen Gewerbeverbandes, der die Einführung der Titel Professional Bachelor oder Professional Master postuliert.

Und hinsichtlich der berufsorientierten Weiterbildung?

Gemäss einer Studie von Avenir Suisse fordern 2030 gegen 60 Prozent der neuen Jobs Qualifikationen, über die heute nur 20 Prozent der Belegschaft verfügen. Wir stehen angesichts des teilweise dramatischen Wandels in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft vor unwahrscheinlichen Herausforderungen, was die Qualifizierung des Personals angeht. Es versteht sich von alleine, dass dabei der berufsorientierten Weiterbildung eine sehr grosse Bedeutung zukommt.

Welchen Stellenwert haben an den Berufsfachschulen die Erwachsenen- und die Nachholbildung?



Die Schweizerische Direktorinnen- und Direktorenkonferenz der Berufsfachschulen wählte gestern in Solothurn den Direktor des BBZ Olten, Georg Berger (r.), zum neuen Präsidenten. Vorgänger Claude-Alain Vuille gratuliert. HANSJÖRG SAHLI

Zur Person



Georg Berger ist 54-jährig, verheiratet (2 Kinder) und wohnt in Lostorf. Der ausgebildete Berufsschullehrer für allgemeinbildende Fächer ist seit 1990 am Berufsbildungszentrum (BBZ) Olten tätig, seit 2004 als Rektor der Gewerblich-industriellen Berufsschule (GIBS) und seit 2009 als BBZ-Direktor. Er engagiert sich in Olten auch im Kulturbereich, zum Beispiel als Präsident des Buchfestivals. Die Freizeit verbringt er am liebsten mit der Familie oder mit Sport. (BN)

«Die Schweiz tut gut daran, darauf zu achten, dass sie ihren Vorsprung in der Berufsbildung nicht preisgibt.»

«Die duale Bildung geniesst im Kanton Solothurn ein grosses Ansehen. Zwei Drittel der Jugendlichen schlagen den berufsbildenden Weg ein.»

In der Schweiz verfügen über 400 000 Erwerbstätige über keinen Berufsabschluss. Der Bund hat jüngst ein Programm zur Förderung der Grundkompetenzen am Arbeitsplatz im Umfang von 13 Mio. Franken gesprochen. Bei der Bereitstellung entsprechender Angebote stützen sich die Anspruchsgruppen namentlich auf die Expertise von Berufsfachschulen, die sich über sehr grosse Erfahrungen beim Berufsabschluss von Erwachsenen ausweisen können.

Bund, Kantone und Organisationen der Arbeitswelt tragen zur Finanzierung der Berufsbildung bei - funktioniert das reibungslos?

Grundsätzlich ist das System funktionsfähig. Allerdings hat die Umstellung zur Subjektfinanzierung nach meiner Wahrnehmung in der höheren Berufsbildung zu Unsicherheiten bei den Studierenden und Anbietern geführt. Bei der Finanzierung des Berufsabschlusses für Erwachsenen sind die Hausaufgaben aber noch nicht vollständig gemacht. Zur Erhöhung der Berufsabschlussquote ist es nötig, dass sich die Kantone auf ein Freizügigkeitsabkommen für die lernwilligen Erwachsenen einigen. Dieses steht noch aus.

Die Internationalisierung der Bildungs- und Arbeitswelt stellt die Berufsbildung vor spezielle Herausforderungen. Wie ist diesen zu begegnen, wie kann die duale Berufsbildung auf internationaler Ebene gestärkt werden?

Mit einer Richtlinie zur gezielten Einführung von Elementen der dualen Bildung fördert die Europäische Union den Systemwechsel hin zu einer Berufsbildung nach Schweizer Vorbild. Aus gutem Grund. Sie möchte damit die Zahl der 70 Mio. Niedrigqualifizierten senken und deren Beschäftigungsfähigkeit stärken. Die Schweiz tut also gut daran, darauf zu achten, dass sie ihren Vorsprung in der Berufsbildung nicht preisgibt. Sie sollte zum Beispiel auch internationale Partnerschaften anstreben, um von Innovationen anderer Länder profitieren zu können.

In verschiedenen Branchen können die Lehrstellen nicht mehr besetzt werden - entwickelt sich die Berufslernlehre zum Auslaufmodell?

Überhaupt nicht. Es ist einfach so, dass die angebotene Anzahl Lehrstellen die Nachfrage um 8000 übersteigt. Während das Lehrstellenangebot stabil geblieben ist, hat sowohl die Lehrstellennachfrage als auch die Anzahl Jugendlicher vor der Ausbildungswahl zugenommen. Die Berufsbildung ist und bleibt attraktiv.

Weshalb sind vor allem handwerkliche Berufe bei den Jungen nicht mehr gefragt?

Gemäss Lehrstellenbarometer haben es infolge eines schwindenden Interesses vor allem technische Berufe schwierig, was die Besetzung der Lehrstellen angeht. Dafür ist der Nachfrageüberhang in Dienstleistungs- und Gesundheitsberufen sehr gross. Generell hat das Image von Handwerksberufen in den letzten Jahren gelitten bei den Jungen. Ich möchte aber einräumen, dass es an den Branchen und ihren Betrieben liegt, hier Gegensteuer zu geben.

Auch Lehrabbrüche häufen sich. Wo sehen Sie die Ursachen?

Die Lehrstellenabbrüche liegen bei rund 10 Prozent. Stark betroffen von Lehrstellenabbrüchen sind Lernende in Gastroberufen und im Friseurgewerbe. Ein statistisch grösseres Risiko für Lehrabbrüche tragen zudem Lernende mit Migrationshintergrund und Lernende in Attestlehren. Die Gründe für die Abbrüche sind vielschichtig und im Grund noch zu wenig erforscht. Neben persönlichen Merkmalen der Lernenden spielen Betriebsstrukturen und Arbeitsbedingungen eine wichtige Rolle beim Auftreten von Lehrabbrüchen. Ganz bestimmt ist es eine wichtige Daueraufgabe der Ausbildungspartner, Lehrabbrüchen vorzubeugen.

Was kann die SDK zu Schulentwicklung und Qualitätsförderung in den Berufsschulen beitragen?

Die SDK ist eine von sieben Schulleiterkonferenzen, die sich unter dem Dach der «Table Ronde Berufsbildender Schulen» für eine ganzheitliche und qualitativ hochstehende duale Bildung einsetzt. Als eigenständige Konferenz sorgt die SDK für den Informations- und Meinungsaustausch innerhalb ihrer Konferenz und auf der Ebene der Table Ronde. Sie ist eine wichtige Anlaufstelle für die Verbundpartner Bund, Kanton und Organisationen der Arbeitswelt und sorgt zusammen mit ihnen dafür, dass sich die Berufsbildung auf die zentralen Bedürfnisse des Arbeitsmarktes ausrichtet. In diesem Sinne ist die SDK ein unverzichtbares Element der nationalen Bildungspolitik.

Welchen Einfluss hat der neue Lehrplan der Volksschule mit der Kompetenzorientierung auf die Berufsschulen?

Die sprachregionalen Lehrpläne, das heisst der Lehrplan 21, der Plan d'études romand und der Piano di studio, sorgen dafür, dass sich die Volksschule an nationalen Bildungsstandards ausrichtet. Für die Berufsbildung ist das ein wesentlicher Fortschritt, da die Homogenität der Lernenden zu Beginn der

beruflichen Grundbildung gestärkt wird, zumal die Berufsbildung national koordiniert wird und viele Lernende die Berufsfachschule ausserhalb ihres Kantons besuchen.

Wie stellen sich die Berufsfachschulen auf die Digitalisierung und Robotisierung der Arbeitswelt ein?

Die Industrie 4.0 macht auch vor der Berufsfachschule nicht Halt. Ganz im Gegenteil. Berufsfachschulen engagieren sich bei der adäquaten Qualifizierung von Fachkräften im Bereich der beruflichen Grund- und Weiterbildung beispielsweise in enger Zusammenarbeit mit Swissem. Mit Blended Learning sorgen die Berufsfachschulen zudem dafür, dass das schulische Lernen flexibilisiert und auf die Bedürfnisse der Lernenden und Studierenden sowie des Arbeitsmarktes ausgerichtet wird. Berufsfachschulen sind als Wirtschaftsschulen ausgesprochen aktiv hinsichtlich der digitalen Berufs- und Unterrichtsentwicklung.

Wie fördert die SDK die soziale, ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit, wie sie es in einem Thesenpapier als Ziel formuliert hat?

Die SDK engagiert sich in nationalen Netzwerken und Arbeitsgruppen wie zum Beispiel Myclimate, Education 21 oder SwissCore. Alle diese Organisationen verpflichten sich in unterschiedlicher Art und Weise sozialen, ökonomischen oder ökologischen Fragestellungen, die die Nachhaltigkeit fördern.

Welchen Stellenwert haben das Berufsbildungswesen und die Berufsschulen im Kanton Solothurn - wo liegen die Stärken und Schwächen?

Die duale Bildung geniesst im Kanton Solothurn grosses Ansehen. Zwei Drittel der Jugendlichen schlagen den berufsbildenden Weg ein. Die organisatorischen und politischen Rahmenbedingungen sind bei uns meines Erachtens ausgezeichnet. Dafür sorgen nicht zuletzt das zuständige Departement für Bildung und Kultur und das Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen. Eine Stärke dürfte wohl im Ausbau der Infrastruktur und der Entwicklung von ICT-Grundlagen liegen. So führen sämtliche Schulen der Sekundarstufe II ab Schuljahr 2018/19 das Konzept von «Bring Your Own Device» ein.

Zu den Schwächen: Aufgrund des anhaltenden Projektstopps können leider keine neuen und wichtigen Entwicklungsprojekte initiiert werden, darunter fällt zum Beispiel die Einführung von bilingualem Unterricht in der beruflichen Grundbildung.

Gibt es etwas, das die Solothurner Berufsschulen speziell auszeichnet?

Solothurner Berufsfachschulen haben interkantonal gesehen in zwei Bereichen die Nase vorne bzw. gehören hier zu den Besten ihres Faches. Was den Berufsabschluss für Erwachsene angeht, führt der Kanton jährlich über 300 Kursteilnehmer zum Eidgenössischen Fähigkeitszeugnis. Zudem fördern die beiden Erwachsenenbildungszentren in Solothurn und Olten, in enger Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Verband für Erwachsenenbildung und aktiv unterstützt durch den Präsidenten des Industrievereins Solothurn, Josef Maushart, die Grundkompetenzen am Arbeitsplatz und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Fachkräfte in der Industrie. Bezüglich der Kompetenzorientierung belegt die Höhere Fachschule für Pflege in Olten jeweils einen Spitzenplatz im Rahmen des internationalen Projekts «Kommet» unter der Federführung von Professor Felix Rauner von der Uni Bremen.

Was würden Sie ändern, wenn Sie dazu die Vollmacht hätten?

Wegen des immer rascher werdenden Wandels in der Berufs- und Arbeitswelt und zur Qualifizierung von Fachkräften sehe ich die Notwendigkeit, dass die Rolle der Berufsfachschulen in der traditionellen Verbundpartnerschaft zwischen Bund (Steuerung), Kanton (Ausführung) und Organisationen der Arbeitswelt (Inhalte) formalisiert, aufgewertet und geschärft werden muss. Berufsfachschulen agieren heute neben ihrem Kerngeschäft, dem Unterricht in der beruflichen Grund- und Weiterbildung, zunehmend als Partner der Betriebe und Branchen in der Personal- und Berufsentwicklung.

Die Kritik ist nicht verstummt

Im Gemeindeparlament werden die Städtischen Betriebe Olten zwar für mehr Transparenz gelobt, doch das geht den Parteien noch zu wenig weit – trotzdem wird der Geschäftsbericht klar genehmigt

VON FABIAN MUSTER

Die Städtischen Betriebe Olten (sbo) sind zwar eine rechtlich selbstständige öffentliche Unternehmung, die Aktien gehören aber zu 100 Prozent der Stadt Olten. Laut Statuten übt das Gemeindeparlament die Oberaufsicht über die sbo aus. Daher müssen die Parlamentarier den Geschäftsbericht prüfen und genehmigen. In den letzten Jahren hat dies im Parlament regelmässig zu heftiger Kritik geführt, weil nicht alle Vergleiche mit den Vorjahreszahlen möglich seien, der Geschäftsbericht so insgesamt zu intransparent sei und daher das Parlament die Aufsicht nicht richtig wahrnehmen könne. Für letztes Jahr vermeldeten die sbo einen Jahresgewinn von knapp 2,9 Millionen Franken bei einem Umsatz von 63,7 Millionen (wir berichteten).

Auf dieses Jahr hin haben die sbo nun zumindest gewisse Verbesserungen vorgenommen, was im Parlament positiv vermerkt wurde: Der Vergleich zwischen Rechnungs- und Budgetzahlen ist möglich oder erstmals wurde die Auflösung von stillen Reserven ausgewiesen. «Wir sind Schritt für Schritt einer transparenteren Rechnung näher gekommen», sagte der Grüne Felix Wettstein, der mit seiner nicht überwiesenen Motion mehr Transparenz im Bericht und Antrag ans Parlament gefordert hatte. Dieses Anliegen wurde

nun auch aufgenommen. Trotzdem gab es am Donnerstagabend immer noch Gegenwind gegen die vollzählig anwesende dreiköpfige sbo-Geschäftsleitung: Vor allem die stillen Reserven, von denen letztes Jahr 2,9 Millionen aufgelöst wurden und deren Umfang und Zweck nicht klar sind, sorgte bei fast allen Fraktionen für rote Köpfe. «Diese Geheimhaltung ist unverständlich», kommentierte SP/Junge SP-Fraktionssprecherin Corina Bolliger. So könne man der Aufsichtspflicht nicht vollumfänglich nachkommen. Ihre Parteikollegin Christine von Arx wies darauf hin, dass die Verantwortung bei der Stadt Olten hängenbleibe, wenn etwas

bei der sbo schiefläuft. FDP-Mitglied Urs Knapp regte zudem an, ob die Stadt Olten nicht stärker finanziell von der sbo profitieren wolle. «Da die sbo eine sehr hohe Eigenkapitalquote von über 50 Prozent haben, könnte die Stadt doch deutlich höhere Ausschüttungen fordern, um so zum Beispiel ein neues Schulhaus zu finanzieren.» In den letzten Jahren haben die sbo der Stadt rund 3,4 Millionen Franken an Bar- und Sachleistungen überwiesen. Finanzdirektor Benvenuto Savoldelli entgegnete auf die Kritik, dass die sbo bei den stillen Reserven aus verhandlungstaktischen Gründen nicht vollständige Transparenz schaffen wollen.

Doch nicht nur die stillen Reserven führten zu Nebengeräuschen. Bemängelt wurde etwa, dass die Investitionen in die Photovoltaik im letzten Jahr genau null Franken betragen. Man fordere mehr Investitionen in ökologischere Projekte, hiess es vonseiten der SP/Jungen SP. Auch zur Preisgestaltung gab es mehrere Voten. Der Preis für den ökologischeren Aarestrom sei an den günstigeren Standardstrom anzupassen. Auch beim Gas forderte der Grüne Felix Wettstein, den Preisunterschied zwischen erneuerbarem und damit teurem Biogas dem fossilem und damit günstigerem Erdgas anzunähern. «Die Konsumenten sollen so am Gewinn beteiligt werden.» Auch die Frage, wieso es mit der sbo und der Aare Energie AG weiterhin zwei Gesellschaften und damit zwei Verwaltungsräte mit den genau gleichen Mitgliedern gäbe, die zweimal ein Honorar bezögen, führte zu Diskussionen. Stadtrat Savoldelli bemerkte dazu, dass man dieses Doppelkonstrukt prüfen müsse, sobald die Entflechtung zwischen den beiden Firmen abgeschlossen sei.

Trotz aller Kritik: Die Parlamentarier genehmigten den Geschäftsbericht mit grossem Mehr. Es gab nur 2 Gegenstimmen, dies von SP-Co-Fraktionsschefin Christine von Arx und Olten-jetzt!-Mitglied Daniel Kissling, sowie 5 Enthaltungen aus der SP/Jungen SP-Fraktion.

Antworten zur sbo-Eignerstrategie befriedigen SP-Fraktion nicht

Die SP/Junge SP-Fraktion ist mit den Antworten auf ihren Vorstoss zur Eignerstrategie der Städtischen Betriebe Olten (sbo) nicht zufrieden. So werden vier der acht Fragen mit dem Hinweis beantwortet, dass dies die Unternehmensstrategie betreffe, welche nur durch den Verwaltungsrat ausgeführt werden könne. Die Unternehmensstrategie sei aber nicht öffentlich.

Co-Fraktionschef Florian Eberhard bezeichnete diese Antwort als «nicht akzeptabel». Die Vorstellung sei absurd, dass die Stadt Olten als Eigentümerin der sbo über die Unternehmensstrategie nichts wissen dürfe. Der Stadtrat wiederholte in den Antworten, dass die Stadt Olten derzeit keine Aktien an Dritte verkaufen will, wie in der neuen Eignerstrategie nun ge-

prüft werden kann. Zudem kritisierte die SP-Fraktion, dass im Verwaltungsrat nur Männer sässen, vor allem Leute aus dem FDP-Umfeld Einsitz nähmen. Der Stadtrat schreibt dazu, dass «die Qualifikation höher als die Genderfrage» gewichtet wird und «eine politische Zugehörigkeit kein Argument für eine Einsitznahme im Verwaltungsrat» sein darf. (FMU)



Kommentar

Inkonsequent

VON FABIAN MUSTER

Es ist jedes Jahr dasselbe Prozedere: Die meisten Fraktionen kritisieren beim sbo-Geschäftsbericht die mangelnde Transparenz, die Parlamentarier segnen aber den Stadtrats-Antrag trotzdem mit wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen grossmehrheitlich ab. Für den neutralen Beobachter stellt sich hier die Frage, wieso sie ihren kritischen Voten nicht konsequenterweise einmal Taten folgen lassen und den aus ihrer Sicht zu wenig transparenten Geschäftsbericht zurückweisen, um die sbo-Spitze zu einem Umdenken zu bewegen. Zudem könnten die Parlamentarier die sbo auch über eine Statutenänderung zwingen, mehr Transparenz zu schaffen: So wäre es etwa möglich, eine andere Rechnungslegung einzuführen, um Kenntnis über den Umfang der stillen Reserven zu erhalten.

fabian.muster@azmedien.ch

PLANUNGS-AUFTRÄGE

Stadtpräsident gelobt Besserung

In den Jahren 2010 bis 2017 gingen mit 368 000 Franken etwas mehr als die Hälfte aller Gelder der laufenden Rechnung für Planungs- und Studienaufträge an die Firma Kontextplan. Dies schreibt der Stadtrat in der Antwort auf eine Interpellation von FDP-Parlamentarier Urs Knapp, in der er die Vergabe von Planungsaufträgen thematisiert. Im Parlament war eine Mehrheit der Fraktionen der Meinung, dass eine Konzentration von Aufträgen in diesem Ausmass problematisch ist. «Unabhängigkeit und Kreativität leiden dadurch», fasste SVP-Fraktionssprecherin Doris Känzig die Bedenken zusammen. Auch Interpellant Knapp war mit den schriftlichen Antworten nicht zufrieden (wir berichteten) und merkte etwa an, dass «Berater keine politischen Eunuchen» sind. Die Antwort des Stadtrats, nicht die politische Gesinnung, sondern die fachliche Kompetenz sei gefragt, ist in seinen Augen daher «blauäugig oder naiv oder beides zusammen». Stadtpräsident Martin Wey sagte im Plenum, die Interpellation «als Warnung und Hinweis» zu verstehen, und versprach, dass sich der Stadtrat auch mal lösen müsse von langjährigen Beratern, um eine andere Sichtweise zu erhalten. (FMU)

ALTERSPOLITIK

Keine Kommission geschaffen

Das Gemeindeparlament sieht keinen Bedarf für eine nicht-ständige ausserparlamentarische Kommission für die Alterspolitik. Eine Motion von EVP-Mitglied Marlène Wälchli Schaffner wurde klar abgelehnt. Aktuell seien «keine dringenden Projekte umzusetzen», argumentierte der Stadtrat in seiner Antwort. Zudem sagte SP-Co-Fraktionspräsidentin Christine von Arx, dass Alterspolitik eine Daueraufgabe und damit kein geeigneter Gegenstand für eine nicht-ständige ausserparlamentarische Kommission sei. (FMU)



Die Höhenstrasse West (im Bild) soll für den Busverkehr mit der Höhenstrasse Ost verbunden werden. Der Ausbau erfolgt bis zum Fahrplanwechsel im Dezember. BRUNO KISSLING

Anwohner sind aussen vor

Mit dem neuen Buskonzept wird die bisher getrennte Höhenstrasse West und Ost im Oltner Sälquartier für den öV miteinander verbunden. Das Vorgehen der Stadt ruft nun Widerstand hervor.

VON FABIAN MUSTER

Mit dem neuen Buskonzept Olten-Gösgen-Gäu wird die Linie 503 ab dem Fahrplanwechsel diesen Dezember neu über die Höhenstrasse West und Ost führen und so ein bevölkerungsreiches Quartier mit dem öV erschliessen. Dieser Ausbau stiess am Donnerstagabend im Gemeindeparlament auf Wohlwollen. Weniger gut an kam hingegen, dass die Anwohner bei der Planung der Haltestellen und der damit nötigen Aufhebung von bis zu 17 Parkplätzen in der

blauen Zone nicht einbezogen wurden. In einer Interpellation, deren Dringlichkeit ohne Gegenstimmen gutgeheissen wurde, forderte FDP-Parlamentarier Daniel Probst, der früher selbst an der Höhenstrasse gewohnt hat, nun Antworten vom Stadtrat.

Die Oltner Regierung gab dabei zu, dass zwar via Medien über die Folgen des Buskonzepts informiert und so auf die Mitsprachemöglichkeit beim Fahrplanverfahren hingewiesen wurde. Doch die Anwohner selbst wurden nicht direkt informiert. Einzig die Grundeigentümer wurden schriftlich orientiert. Weil es an den beiden Höhenstrassen jedoch viele Mietwohnungen gibt, kam diese Info laut Probst bei den meisten Anwohnern nicht an. Er schlug dem Stadtrat daher vor, nächstes Mal eine Infoveranstaltung zu organisieren. Zudem stellte er infrage, ob es wirklich nötig sei, innerhalb des fraglichen Perimeters gleich vier neue Haltestellen zu schaffen. Probst: «Hätte man

mit den Anwohnern gesprochen, hätte man die entsprechenden Bedürfnisse erfahren können.» Er bezeichnete dies daher als «verpasste Chance».

Mit weniger Haltestellen wären auch weniger Parkplätze zum Opfer gefallen. Probst störte sich nämlich zum einen an der hohen Zahl, die wegfallen, aber auch am Umstand, dass für die Jahresvignetten-Besitzer mit der Angebotskürzung keine Rückerstattungen oder Kompensationen vorgesehen sind. «Der Stadtrat ist hier zwar rechtlich auf der sicheren Seite. Das ist aber nicht sehr anwohnerfreundlich.» Insgesamt zeigte sich Probst mit dem Vorgehen der Stadt «nicht zufrieden».

Das einzige Erfreuliche ist aus seiner Sicht, dass mit Urs Kissling der stellvertretende Baudirektor nächsten Dienstag einen Termin mit Anwohnern wahrnimmt. Doch auch hier gibt es ein Wermutstropfen: Wollen diese danach noch Einsprache erheben, wäre die Frist dazu bereits abgelaufen.

KULTURZENTRUM

Schützi ist faktisch nicht ohne Vertrag

Weil sich die Stadt Olten und die Schützi bisher nicht auf eine neue Leistungsvereinbarung einigen konnten, herrscht ein vertragsloser Zustand. Davon ging die Öffentlichkeit bisher aus. In den Stadtrats-Antworten zur von Daniel Kissling (Olten jetzt!) und Florian Eberhard (SP/Junge SP) eingereichten Interpellation betreffs Schützi (wir berichteten) schreibt Stadtpräsident Martin Wey allerdings nun, dass «faktisch kein vertragsloser Zustand besteht». Der Schützi-Trägerverein habe nämlich vergangenen November in einem Schreiben vorgeschlagen, «keine neue Leistungsvereinbarung abzuschliessen, sondern die bestehende um ein weiteres Jahr zu verlängern». Danach heisst es: «Der Stadtrat seinerseits erwiderte, einer Verlängerung der bestehenden Leistungsvereinbarung stehe seiner Ansicht nach nichts entgegen.» Der Grüne Felix Wettstein machte im Parlament darauf aufmerksam, dass dies «eine eigenartige Formulierung» sei: In seinen Augen müsste auch eine Verlängerung von beiden Seiten unterschrieben werden. Martin Wey ergänzte auf Anfrage dieser Zeitung, dass die beiden Parteien ihren bisherigen vertraglichen Verpflichtungen weiterhin nachkommen und dies somit auch ohne Unterschrift ein «faktisches Vertragsverhältnis» sei. (FMU)

STÄDTISCHE LIEGENSCHAFTEN

Links-Grün ist gegen Verkäufe

Für die beiden städtischen Liegenschaften an der Kirchgasse 8 (derzeit noch Kunstmuseum) und 10 (Ex-Naturmuseum) gebe es keinen Nutzungsbedarf der Stadt, schreibt der Stadtrat in der Antwort auf eine Interpellation der SP/Junge SP-Fraktion zur entsprechenden Interpellation. Links-Grün machte in ihren Voten auch klar, dass ein Verkauf nicht infrage komme. Die Grünen wollen die beiden oben genannten Gebäude nicht verkaufen, für die SP sind Liegenschaftsverkäufe generell tabu. (FMU)